

# Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates

vom Dienstag, den 28. April 1998

---

---

Sitzungsleiter: 1. Bürgermeister Brilmayer  
Schriftführer: Walter

Anwesend waren stellv. Bürgermeisterin Anhalt, die Stadträtinnen Hülser, Luther, Platzer, Portenlänger, Seidinger und Will sowie die Stadträte Abinger, August, Berberich, Geislinger, Heilbrunner, Krug, Lachner, Mühlfenzl, Ostermaier, Reischl, Riedl, Schechner und Schuder.

Entschuldigt fehlten 3. Bürgermeister Ried, Stadträtin Gruber sowie die Stadträte Schurer und Spötzl.

Beratend nahmen an der Sitzung Stadtkämmerer Hilger und Herr König teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte 1. Bürgermeister Brilmayer die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlußfähigkeit des Stadtrates fest.

---

---

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Bürgermeister Brilmayer den neuen Redaktionsleiter der Ebersberger Zeitung, Herrn Acker, vor, der ab Juni die Stelle des bisherigen Leiters, Herrn Gietl übernehmen wird. Herr Acker war zur heutigen Sitzung als Pressevertreter anwesend.

## TOP 1

Bericht über die Umstellung der EDV in der Kasse/Kämmerei  
öffentlich

---

Herr König informierte den Stadtrat eingehend über die Umstellung der EDV-Anlage im Bereich Kasse und Kämmerei. Die alte Anlage aus dem Jahr 1982 war für die Anforderungen bei weitem nicht mehr ausreichend. Es wurden gemeinsam mit anderen Gemeinden verschiedene Angebote eingeholt und das System der Firma Kommuna erworben. Herr König erläuterte die Funktionsweise und Vorteile des neuen Systems. Die Datenbank ist auch für das Einwohnermeldewesen, wo in Kürze ebenfalls die Umstellung der EDV erfolgen wird, geeignet.

Die Kosten für den Erwerb der Hardware betragen 125.000 DM, für die Software 102.000 DM und für Schulungen 15.000 DM. Herr König wies darauf hin, daß in den Bereich Schulungen noch mehr investiert werden müsse.

Herr König beantwortete Fragen aus der Mitte des Ausschusses zur neuen EDV-Anlage.

## TOP 2

Beschlußfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 1998 samt Anlagen  
öffentlich

---

Die Verwaltung hatte den Stadtratsmitgliedern mit der Sitzungseinladung den kompletten Haushaltsplan 1998 mit Vorbericht und Anlagen zugestellt. Die Verwaltung hat sich bemüht, den Haushalt 1998 übersichtlich darzustellen und mit zusätzlichen Informationen auszustatten, die zum besseren Verständnis der Zahlen beitragen sollen.

Durch die Umstellung unserer EDV-Anlage konnte heuer mit den Vorarbeiten zum Haushalt erst einige Wochen später begonnen werden.

Zur Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuß hat ein ausgeglichener Entwurf des Verwaltungshaushalts vorgelegen, während der Entwurf des Vermögenshaushalts eine Deckungslücke von 1.810.500,- DM aufwies. Zum Ausgleich hatte die Verwaltung eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, denen der Ausschuß gefolgt ist. Es liegt nun sowohl im Verwaltungs- als auch im Vermögensteil ein ausgeglichener Haushalt zur Beratung und zur Beschlußfassung vor.

Stadtkämmerer Hilger erläuterte dem Stadtrat eingehend den Haushalt 1998.

### **1. Verwaltungshaushalt 1998:**

Der Verwaltungshaushalt ist mit Einnahmen und Ausgaben von je 27.818.000,- DM ausgeglichen. Das entspricht einer Erhöhung von 1,3 % gegenüber der Ausgangssituation beim Haushalt 1997. Allerdings mußte der Verwaltungshaushalt 1997 im Nachtrag um 843.000,- DM zurückgenommen werden. Soweit die Ansätze nicht errechenbar sind hat sich die Verwaltung bemüht, durch sorgfältige Schätzung wirklichkeitsnahe Ansätze zu erreichen.

Die Einnahmeseite des Verwaltungshaushalts kann im Vergleich mit anderen Gemeinden durchaus als sehr gut bezeichnet werden. Ursache dafür ist die hohe **Steuerkraft** der Stadt. Sie beträgt 1998 rd. 16.451.000,- DM oder 1.577,41 DM je Einwohner. Der LD je Einw. liegt bei 1.089,55 DM. Gegenüber 1997 ist die Steuerkraft nochmals um 294.000,- DM angestiegen.

Mit dieser Steuerkraft liegen wir im Landkreis (21 Gemeinden) an 2. Stelle, in Oberbayern (498 Gemeinden) an 37. Stelle und in Bayern (2031 Gemeinden) an 67. Stelle.

Die Realsteuerkraft der Stadt kommt zu 9,4 % aus der Grundsteuer, zu 50,4 % aus der Gewerbesteuer und zu 40,2 % aus der Beteiligung an der Lohn- und Einkommensteuer. Grundlage der Berechnung ist jeweils das Ist-Aufkommen des Jahres 1996.

Diese Zahlen sind erfreulich, sie zeigen, daß das Wirtschaftsleben in Ebersberg im großen und ganzen floriert und daß die Beschäftigtenquote vergleichsweise hoch ist. Von den Unternehmen und den Arbeitnehmern wird eine bedeutende Wirtschaftsleistung mit einer hohen Steuerbelastung erbracht, die unseren Verwaltungshaushalt zu rd. 60 % finanziert. Stadtkämmerer Hilger erklärte, daß sich die Stadt für diese beachtliche Leistung bei den Unternehmern und bei den Arbeitnehmern im Rahmen der Haushaltsberatung ausdrücklich bedanken möchte.

Im Verwaltungshaushalt sind auch die für 1998 zu erwartenden **Realsteuern** der Stadt Ebersberg enthalten. Sie machen 1/3 der Einnahmen des Verwaltungshaushalts aus. Sie wurden mit den bisherigen Hebesätzen (Grundsteuer 270 %, Gewerbesteuer 300 %) berechnet. Die Stadt liegt mit den Hebesätzen noch unter den Durchschnittshebesätzen vergleichbarer Gemeinden. Diese betragen nach den Ergebnissen für 1997 bei der Grundsteuer A 316,8 %, bei der Grundsteuer B 298,8 % und bei der Gewerbesteuer 324 %.

Stadtkämmerer Hilger wies darauf hin, daß die Grundsteuer anhand der Meßbeträge ziemlich genau kalkuliert werden kann. Bei der Gewerbesteuer ist die Kämmerei vom Ergebnis 1997 ausgegangen, das bei rd. 7.840.000,- DM lag. Von diesem Soll-Ergebnis 1997 ist die Gewerbekapitalsteuer mit etwa 410.000,- DM abzuziehen, die ab 1998 nicht mehr erhoben wird. Der dann verbleibende Betrag von 7.430.000,- DM wurde auf 7,5 Mio. aufgerundet. Ein höherer Ansatz scheint bei dem Veranlagungsstand von 6,8 Mio. derzeit nicht vertretbar. Auf der Basis von 7,5 Mio. DM wurde auch die Gewerbesteuerumlage errechnet.

Einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Verwaltungshaushalts, nämlich 28 % machen die **Steuerzuweisungen** aus. Sie teilen sich auf in die 15%ige Beteiligung an der Lohn- und Einkommensteuer, die Einkommensteuer-Ersatzleistung (ab 1996 Ausgleich für die Mindereinnahmen der Gemeinden aus dem verbesserten Familienlastenausgleich) und

neuerdings ab 1998 die Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen, als Ausgleich für die weggefallene Gewerbesteuer.

Die Zahlen für die beiden ersten Steuerzuweisungen wurden der Stadt vom Stat. Landesamt mitgeteilt. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hat die Kämmerei diese Zahlen optimistisch mit 95 % im Haushalt angesetzt und sie um die Restzahlungen aus dem 4. Quartal 1997 bereinigt.

Der Ansatz für die Umsatzsteuerbeteiligung birgt noch Risiken in sich. Es liegt nur eine vorläufige Mitteilung auf Grund von Schätzungen vor, bei der ein vorgesehener Härteausgleich zwischen den Gemeinden noch nicht berücksichtigt ist. Ein offizieller Bescheid liegt der Stadt Ebersberg dazu noch nicht vor.

Neben den Realsteuern und den Steuerzuweisungen stellen die **Gebühren** mit 5,33 Mio. oder 19 % die dritte wesentliche Einnahmequelle des Verwaltungshaushalts dar. Die großen Gebührenhaushalte der Stadt (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung) mit einem Gesamtgebührenaufkommen von rd. 5 Mio. DM sind ausgeglichen und finanzieren sich selbst.

Die konsequente Gebührenpolitik des Stadtrates in den letzten Jahren macht sich hier bezahlt. Der 3-jährige Kalkulationszeitraum bei der Gebührenermittlung und auch die Beibehaltung der gleichen Steuerhebesätze vermitteln den Bürgern und den Betrieben eine kalkulierbare Gebühren- und Hebesatzpolitik der Stadt.

Nicht ausgleichbar sind aus den bekannten Gründen die Gebührenhaushalte Friedhöfe und Hallenbad.

Die Ausgaben des Verwaltungshaushalts teilen sich in 4 wesentliche Gruppen, die Personalkosten, die Sachkosten, die Umlagen und die Zuführung zum Vermögenshaushalt.

Die **Personalkosten** betragen 5,35 Mio. DM oder rd. 20 %. Sie wurden mit einer tariflichen und strukturellen Erhöhung von zusammen 1,7 % errechnet und auf die einzelnen Aufgabenbereiche im Haushaltsplan verteilt. Grundlage für die Veranschlagung der Personalkosten ist der Stellenplan der Stadt, der auf den Seiten 1 – 6 der Anlagen zum Haushalt dargestellt ist.

Die Betriebs- und Sachkosten belaufen sich auf 5,66 Mio. DM oder 21 %. Bei ihrer Berechnung ist die Kämmerei weitgehend von den Ergebnissen des Vorjahres ausgegangen. Soweit besondere Umstände gegeben waren, wurden sie berücksichtigt. Kostensteigernd wirkt sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 15 % auf 16 % ab dem 1.4.1998. Auf das Jahr umgerechnet bedeutet dies bei den Betriebs- und Sachkosten eine Mehrung von rd. 40.000,- DM.

Im übrigen sind alle Verwaltungsbereiche angewiesen, gerade bei den Betriebs- und Sachkosten größte Sparsamkeit walten zu lassen.

Einen sehr wesentlichen Teil der Ausgaben im Verwaltungshaushalt stellen die **Umlagen** dar. Aufgrund des Gemeindefinanzreformgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes haben die Gemeinden Umlagen an das Land und an den Landkreis zu leisten.

Die **Kreisumlage** beträgt 1998 bei einem gleichbleibenden Umlagesatz von 49 Punkten 8.061.000,- DM. Sie erhöht sich gegenüber 1997 um 144.000,- DM, weil unsere Steuerkraft angestiegen ist. Allein die Kreisumlage verschlingt rd. 87 % unserer Realsteuereinnahmen von 9.220.000,- DM. Die Stadt zahlt mit 12,6 % überdurchschnittlich an der Kreisumlage, da der Einwohneranteil an der Kreisbevölkerung nur 9,3 % ausmacht. Andererseits muß jedoch gesehen werden, daß die Stadt und ihre Bevölkerung erheblichen Nutzen aus den verschiedenen Einrichtungen des Landkreises am Ort ziehen können.

Weitere Umlagen sind mit der **Gewerbesteuerumlage** und der **Solidarumlage netto** an das Land zu bezahlen. Sie dienen teilweise zur Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit. Zur Bestreitung des Landesanteils an den Kosten der Deutschen Einheit wurde der Umlagesatz für

die Gewerbesteuerumlage ab 1998 von 78 auf 87 Punkte erhöht. Für Ebersberg bedeutet dies eine Umlagenmehrung von 225.000,- DM. Aus den gleichen Gründen erhöht sich auch die Solidarumlage netto gegenüber 1997 um ca. 220.000,- DM. Einschließlich der Zahlen des Haushalts 1998 hat die Stadt Ebersberg ab 1992 rd. 4.680.000,- DM an Umlagen zur Finanzierung der Deutschen Einheit abgeführt. Die reine Gewerbesteuerumlage nach dem Gemeindefinanzreformgesetz ist darin nicht enthalten, sie hat im gleichen Zeitraum weitere 12,2 Mio. DM betragen.

Die hohe Umlagenbelastung der Stadt führt dazu, daß über die Schuldentilgung hinaus keine wesentlichen Beträge mehr dem Vermögenshaushalt zugeführt werden können. Die Umlagenbelastung 1998 beträgt rd. 10,4 Mio. DM, sie übersteigt das eigene Steueraufkommen um 1.202.000,- DM oder 13 %. Die Entwicklung der Realsteuern und der Umlagen ist auf Seite 16 des Vorberichts tabellarisch dargestellt.

Die Stadt kann aus ihren Steuereinnahmen der Grund- und Gewerbesteuer die Umlagen nicht bestreiten, sie muß 1,2 Mio. DM aus anderen Einnahmen dafür abzweigen. Umgerechnet auf die Beteiligung an der Lohn- und Einkommensteuer würde dies z.B. bedeuten, daß wir nicht mit 15 % sondern nur mehr mit 12,5 % am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer beteiligt sind. Die bestehenden Finanzausgleichsverfahren führen vermehrt dazu, daß steuerstarke Gemeinden einen immer höheren Anteil ihrer Einnahmen abführen müssen und verstärkt am Finanztropf des Staates hängen werden. Die in Art. 28 GG den Gemeinden zugesicherte Finanzhoheit und die damit verbundenen eigenen Gestaltungsmöglichkeiten in den Kommunalhaushalten bleiben damit weitgehend auf der Strecke.

Dem Vermögenshaushalt können deshalb nur mehr 1.419.000,- DM zugeführt werden. Hinzuzurechnen sind jedoch noch 212.000,- DM Rücklagen für Ausgaben des Verwaltungshaushalts. Daraus ergibt sich ein Gesamtbetrag von 1.631.000,- DM freier Mittel des Verwaltungshaushalts, der die Schuldentilgungen im Vermögenshaushalt um rd. 63.000,- DM übersteigt. Damit entspricht die Zuführung gerade noch der gesetzlichen Vorschrift (§ 22 Abs.1 KommHV), sie ist jedoch kein wesentlicher Beitrag mehr zur Finanzierung von Investitionen im Vermögenshaushalt.

## **2. Vermögenshaushalt:**

Stadtkämmerer Hilger erklärte, daß der Vermögenshaushalt 1998 mit 10.124.000,- DM ausgeglichen ist. Er übersteigt den ursprünglichen Ansatz des Haushalts 1997 um 389.000,- DM oder 4 %. Allerdings mußte auch der Vermögenshaushalt 1997 im Nachtrag wesentlich zurückgenommen werden. Zum Ausgleich des Haushalts mußten verschiedene Maßnahmen in ihrem Bauvolumen 1998 gekürzt werden.

Erfreulich ist, daß sich der Vermögenshaushalt zu 89,4 % aus Eigenmitteln und Zuschüssen finanziert. Es müssen nur 10,6 % der Ausgaben über Kredite bestritten werden. 81 % der Ausgaben des Vermögenshaushalts können für Ankäufe oder Baumaßnahmen verwendet werden. 15 % der Ausgaben sind für die Schuldentilgung erforderlich, 4 % können der Rücklage zugeführt werden.

Die Investitionen und Ankäufen sind durch die Beschlüsse des Stadtrates weit gestreut, die wichtigsten Posten sind

Ankauf eines Feuerwehrfahrzeuges	480.000,- DM
Weiterbau Museum Wald und Umwelt	340.000,- DM
Neubau 4. Kindergarten, Baukostenanteil 98 (für diese Maßnahme sind 1999 weitere 1.191.000,- DM eingeplant)	1.000.000,- DM
Bau von Sozialwohnungen, Restdarlehen an die Obb.Heimstätte u. Wohnungsgen. Ebg.	240.000,- DM
Maßnahmen im Straßenbau	1.600.000,- DM

Sehr kostenträchtig ist wieder der Abwasserbereich, dafür sind 1,3 Mio. bereitgestellt.

Die Sanierung des Bürgerhauses wird mit Restkosten von 280.000,- DM abgeschlossen

werden.

Für den Erwerb von Grundstücken sind 2,4 Mio. DM im Vermögenshaushalt enthalten.

Bei allen Ankäufen und Bauvorhaben sind die möglichen Zuschüsse und Kostenerstattungen eingeplant. Sie betragen immerhin 2.080 Mio. DM, das sind ca. 1/5 der Einnahmen des Vermögenshaushalts. Mit einer Rücklagenentnahme von 1,8 Mio. DM wird die Finanzierung des Vermögenshaushalts aus Eigenmitteln verstärkt.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushalts enthält die Haushaltssatzung auch eine Kreditaufnahme von 1.076.000,- DM, die ausschließlich für die rentierlichen Bereiche Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung verwendet und über die Gebühren finanziert wird. Gleichzeitig werden im Haushalt 1998 1.569.000,- DM Schulden zurückgezahlt. Die Verschuldung der Stadt mindert sich deshalb im Haushalt 1998 voraussichtlich um rd. ½ Mio. DM.

Die Rücklagen werden sich 1998 um rd. 470.000,- DM vermindern. Entnahmen von 870.000,- DM sind vorgesehen für das Feuerwehrfahrzeug, den Schwenk'schen Umweltförderpreis, den Kindergartenbau und für die Kreisumlage. 400.000,- DM sind als Rücklagenzuführung eingesetzt. Sie stammen aus den von den Käufern schon bezahlten Erschließungsbeiträgen für den restlichen Straßenbau im Wohngebiet Friedenseiche IV. Der Rücklagenstand zum Jahresende 1998 wird bei ca. 1.080.000,- DM liegen, dieser Betrag ist für eine Kommune unserer Größenordnung sehr gering.

Soweit es der Haushaltsablauf 1998 ermöglicht, sollte im Nachtragshaushalt zumindest noch die Ansparrate 1998 für die Bausparverträge mit 200.000,- DM der Rücklage zugeführt werden. Bisher sind auf den Bausparverträgen (Vertragssumme 2 Mio. DM) rd. 610.000,- DM angespart worden.

Hinzuweisen ist noch auf die Haushaltsatzung selbst, in der die Summen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts, die Kreditaufnahme, die Steuerhebesätze und die Höhe des Kassenkredites festgeschrieben sind.

Über den heurigen Haushalt hinaus ist für die Jahre 1999 – 2001 eine Finanzplanung erstellt worden, aus der das Investitionsprogramm für diesen Zeitraum entwickelt wurde. Die Orientierungsdaten des Bayerischen Staatsministerium des Innern wurden dabei berücksichtigt. Finanzplan und Investitionsprogramm sind so gestaltet, daß die ständige Leistungsfähigkeit der Stadt gewährleistet bleibt. Sämtliche darin aufgeführten Maßnahmen sind mit den geschätzten Kosten und den zu erwartenden Zuschüssen, Beiträgen und Erstattungen eingeplant worden. Dabei bleibt es selbstverständlich dem Stadtrat vorbehalten, die zeitliche Rangfolge der einzelnen Maßnahmen zu bestimmen.

Die Sprecher der Stadtratsfraktionen dankten Stadtkämmerer Hilger für die solide, übersichtliche Haushaltsführung. Aus den Ausführungen der Sprecher ging hervor, daß mit der vorgelegten Haushaltsplanung größtenteils Einverständnis besteht.

Stadtrat Ostermaier bedauerte die geringe Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt sowie die Belastung durch die hohen Abführungen. Er wies darauf hin, daß der Bewegungsspielraum im Haushalt äußerst gering sei. Erfreulich sei, daß trotz der angespannten Haushaltslage in 1998 wichtige Projekte verankert werden können. Die Ansiedlung einheimischer Gewerbebetriebe müsse im Auge behalten werden. Er appellierte, die verfügbaren Finanzmittel bestmöglich und effizient einzusetzen. Insbesondere müssen den jeweiligen Planern genaue Finanzierungssummen vorgegeben werden; gerade in diesem Bereich würden oft Gelder unnötig ausgegeben. Bedauerlich seien die jährlich steigenden Beträge zur VHS/Musikschule. Als positiv bewertete Stadtrat Ostermaier die Beratung durch das Büro Körner im Bereich Kläranlage. Auch für die Errichtung des neuen Bauhofes sei Beratung nötig, um wirkungsvoll und optimal bauen zu können.

Stadtrat August äußerte sich in seinen Ausführungen kritisch über die Kürzung des Haushalts des Jugendpflegers (3.000,- DM), den geringen Ansatz im Bereich Gleichstellungsstelle (1.500,-) und das Defizit im Bereich Friedhöfe ½ Mio. DM. Auch er bedauerte die geringe Zuführung vom

Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt. In den Ansätzen im Bereich Sieghartsburg sah Stadtrat August ein Präjudiz für eine mögliche Sanierung und bat unter Hinweis auf die Haltung seiner Fraktion zu diesem Punkt, über diesen Ansatz getrennt abzustimmen. Er gab zu überlegen, ob nicht Teilbereiche des städtischen Bauhofes in Eigenbetriebe umgewandelt werden könnten. In den Projekten der langfristigen Planung müsse der Stadtrat Prioritäten setzen. Zu den Ausführungen von Stadtrat Ostermaier stellte er u.a. fest, daß der effiziente und optimale Einsatz der Mittel Auslegungssache sei, die wohl jeder anders sehe. Grundsätzlich stellte er fest, daß sich der Stadtrat einen Gestaltungsspielraum erhalten müsse, um die wichtigsten Aufgaben erledigen zu können. Die schlechte Haushaltslage sei auf die allgemeine wirtschaftliche Situation zurückzuführen.

Stadträtin Portenlänger vertrat die Ansicht, daß die Kürzungen im Jugendpflegehaushalt einen erheblichen Einschnitt in die Arbeit des Jugendpflegers bedeuten. Das Zuschußgesuch des Jugendpflegers sei ohnehin weit hinter dem der Vorjahre gelegen.

Stadträtin Will bedauerte die hohe Umlagenbelastung in der Haushaltsplanung. Sie erklärte, die Fraktion der Grünen wünsche sich die Umsetzung des Ebersberger Sonnenweges, die Förderung des Einsatzes von nachwachsenden Rohstoffen (z.B. Holzschnitzelheizung) sowie die Umsetzung der Agenda 21. Ansonsten schloß sie sich prinzipiell den Vorrednern an.

Stadtrat Heilbrunner zeigte sich erfreut darüber, daß die Mittel für den Erwerb eines neuen Feuerwehrfahrzeuges nicht gekürzt werden mußten. Er regte an, künftig mehr in den Bereich Ortsverschönerung zu investieren, aber auch die Bürgerinnen und Bürger noch mehr in diesen Bereich einzubeziehen.

Stadtrat Mühlfenzl verwies auf die allgemein schwierige Finanzsituation. Ziel des Haushaltes müsse sein, ein „lebendiges Ebersberg“ zu erhalten. Die Ziele hierfür seien klar vorgegeben, es ist Aufgabe des Stadtrates, entsprechend Weichen zu stellen und Mittel sinnvoll einzusetzen. Der Erhalt der Sieghartsburg sei seiner Ansicht nach einem lebendigen Ebersberg nicht förderlich, da hierdurch Mittel für die Gewinnung einer attraktiveren Alternative genommen würden. Er sprach sich dafür aus, künftig wieder auszubilden und so als kommunaler Arbeitgeber ein positives Zeichen zu setzen. Er erklärte, die Zuschußsteigerung an VHS und Musikschule sei wichtig und richtig, gerade in diesem Bereich habe sich in den letzten Jahren viel Positives getan.

Bürgermeister Brilmayer, Stadtkämmerer Hilger und Herr König nahmen zu den Ausführungen der Redner Stellung. Bürgermeister Brilmayer wies darauf hin, daß die rentierlichen Schulden derzeit bei 94 % liegen, wogegen die unrentierlichen lediglich 6 % betragen. Er erklärte, daß im Bereich Bauhof bereits einzelne Aufgabengebiete an Privatfirmen (z.B. Maschinenring) vergeben wurden und Möglichkeiten zur sinnvollen Auslagerung auch weiterhin verfolgt werden. Zur Thematik Ausbildung bemerkte Herr König, daß Auszubildende nicht übernommen werden können und entsprechende Arbeitsplätze nach Beendigung der Ausbildung derzeit sehr schwer zu finden sind. Die Stadt beschäftigt aber das gesamte Jahr über Praktikanten der Fachoberschulen und der Berufsförderungswerke.

Mit 9 : 12 Stimmen stimmte der Stadtrat über den Antrag von Stadtrat August ab, den Haushaltsansatz „Sanierung Sieghartsburg“ zu streichen. Der Antrag war somit abgelehnt.

Einstimmig mit 21. 0 Stimmen beschloß der Stadtrat auf Empfehlung des Finanz- und Verwaltungsausschusses nach eingehender Beratung die Verabschiedung des Haushalts 1998 mit Finanzplanung und Investitionsprogramm wie von der Stadtkämmerei vorgelegt. Die Haushaltssatzung liegt dem Protokoll als Anlage bei.

## TOP 3

### Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

Auf Anfrage von Stadtrat Abinger informierte Bürgermeister Brilmayer darüber, daß der Volksfestverein anlässlich des 50jährigen Bestehens des Ebersberger Volksfestes angemessene Aktivitäten plant.

Auf Anfrage von Stadtrat August wies Bürgermeister Brilmayer darauf hin, daß die Einladungen zur Arbeitskreissitzung Agenda 21 heute zur Sitzung aufliegen.

Auf Anfrage von Stadtrat Riedl erklärte Bürgermeister Brilmayer, daß die Ausrichtung des Ebersberger Volksfestes allein dem Volksfestverein überlassen werden sollte.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt schlug vor, analog ähnlicher Beispiele Eltern und Kinder in die Arbeiten an der Außenanlage des 4. Kindergartens aktiv mit einzubeziehen und dadurch auch Kosten einzusparen. Bürgermeister Brilmayer erklärte, Möglichkeiten hierfür vom Stadtbauamt mit der für die Errichtung der Aussenanlagen beauftragten Firma prüfen zu lassen.

Stadtrat Berberich brachte nochmals sein Anliegen vor, von der Adalberggasse aus einen Übergang zum Bahnhofs-Empfangsgebäude zu schaffen. Er hatte diese Idee bereits eine Woche vorher, als Dr. Pospischil von der Deutsche Bahn AG in der Sitzung des Technischen Ausschusses anwesend war, vorgetragen.

Der Stadtrat war einhellig der Meinung, daß diese Idee von Herrn Berberich noch einmal eingehend geprüft werden sollte, bevor die Bahn mit dem Umbau im Bereich des Bahnhofs beginnt. Wenn die Umbaumaßnahmen erst einmal abgeschlossen sind, wird diese Chance für viele Jahre vertan sein. Bürgermeister Brilmayer sagte zu, die Bahn um einen Gesprächstermin zu bitten, möglichst zusammen mit Herrn Berberich und Stadtbaumeister Wiedeck, um zu versuchen, eine Lösung zu finden.

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr  
Ende der öffentlichen Sitzung: 21.30 Uhr

Anschließend nichtöffentlicher Teil

Ebersberg, den 04. Mai 1998

Brilmayer  
Sitzungsleiter

Walter  
Schriftführer